76. Jahrgang. Nr. 224 — Freitag, 13. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. pfg. Ausnahmeschlag II. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Groener legt das Wehrministerium nieder

Aber er bleibt vorläufig Innenminister

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Mai. Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener hat heute an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler Brüning die Bitte gerichtet, ihn von seinem Amt als Reichswehrminister zu entbinden und ihm ausschließlich das Amt eines Reichsministers des Innern zu übertragen. Als Begründung gibt Groener an, daß er es als seine Aufgabe betrachtet habe, während des Winters alle Macht und Autorität des Reiches in einer Hand zusammenzufassen und zu sichern und daß er diese Aufgabe als erfüllt ansähe. Die weitere Leitung beider Ministerien sei für ihn zu viel. Außerdem sei die gleichzeitige Verwaltung des politischen Reichsministeriums des Innern und des unpolitischen und überparteilichen Reichswehrministeriums mit dem Charakter der Reichswehr nicht in Einklang zu bringen. Groener läßt weiter erklären, er habe Aufgaben im Bereiche des Reichsinnenministeriums in Angriff genommen, denen er sich jetzt ganz widmen wolle.

Nach diesem Entschluß hat also Groener den ersten Teil jener Konsequenz gezogen, die nach seiner Reichstagsniederlage vom Dienstag unvermeidlich erschien.

In unterrichteten Kreisen glaubt man indessen nicht, daß sich Groener im Reichsinnenministerium werde halten können.

Offenbar will man das Ausscheiden Groeners gewissermaßen verlangsamen, indem man ihn vorerst von einem Ministerium entbindet. Ein endgültiges Ausscheiden des Ministers Groener aus dem Reichskabinett ist für die nähere Zukunft als sicher anzunehmen, da Groener ein organisches Leiden hat und in höchstem Maße erholungsbedürftig ist. Zunächst wird Dr. Groener jetzt auf einen längeren Urlaub gehen, aus dem er höchstwahrscheinlich nicht zurückkehren wird. In manchen politischen Kreisen, namentlich in solchen, die der Regierung nahestehen, glaubt man allerdings feststellen zu sollen, daß mit der alleinigen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministeriums durch Groener

die Regierung habe zum Ausdruck bringen wollen, daß die Politik, die zum Verbot der SA. und zum Schutze des Reichsbanners führte, fortgesetzt werden solle.

Man wolle dadurch insbesondere auch gegenüber der Sozialdemokratie zum Ausdruck bringen, daß das Kabinett Brüning eine innerpolitische Kursänderung nicht vornehmen würde. Diese Auffassung scheint nach unserer Meinung allerdings nicht viel für sich zu haben. Schließlich ist ja doch zu bedenken, daß Groener seine Niederlage im Parlament nicht als Wehr-, sondern als Reichsinnenminister erlitten hat. Es klingt immerhin merkwürdig, daß ein Minister, der eine so schwere Schlappe erlitten hat wie Dr. Groener, nun erst recht für seinen Posten als Innenminister geeignet sein soll.

Groeners Sturz

Der Reichswehr-, nicht aber der Reichsinnenminister Groener ist auch ohne Mißtrauensvotum als Opfer dieser Reichstagssitzung auf der Strecke geblieben, die so friedlich begann und so stürmisch endete. Den Sturz, den die vereinigten Angriffe der Opposition nicht zu erzwingen vermochten, hat eine Kette von Fehlern herbeigeführt, die Groener bei der Behandlung der SA.-Frage selbst verschuldet hat. Er fiel nicht erst bei jener peinlichen Szene im Reichstag, als er bei seinem letzten Rechtfertigungsversuch versagte, sondern bereits damals, als der bekannte Brief Hindenburgs an ihn abgesandt wurde. Im vornovemberlichen Staat hätte ein Minister nach Erhalt eines solchen Schreibens unverzüglich sein Rücktrittsgesuch einreichen müssen. Sein Sinn konnte für den, der zwischen den Zeilen eines derartigen Staatsdokumentes zu lesen versteht, nichts anderes sein als der unausgesprochene Vorwurf: Ich habe mich als konstitutioneller Präsident den Beschlüssen gefügt, die Sie im Gesamtkabinett durchgesetzt haben; aber ich bin zu der Ansicht gekommen, daß ich über die politischen Motive und Wirkungen der Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Wehrverbände unzulänglich unterrichtet worden bin. Groener hatte sich aber schon zu sehr den laxeren Auffassungen der jetzigen Zeit angepaßt und war innerlich schon zu weit von der ihm vielleicht altmodisch erscheinenden Denkweise Hindenburgs abgerückt, um diesen Wink zu verstehen. Er kämpfte um seine Stellung. Dabei mußte er notwendig nach dem ersten Schritt den zweiten tun und die Option für links vollziehen, die er lange mit Vorsicht vermieden hatte. Der württembergische Demokrat kam in dem alten General zum Durchbruch und er wurde in dem vergeblichen Bemühen, sein SA.-Verbot zu rechtfertigen, zum Verteidiger des Reichsbanners, über dessen staatsschädigende Tätigkeit er kurz vorher selbst so harte Worte gesprochen hatte. Dieser Abrutsch nach links hätte nur dann gut ausgehen können, wenn Groener die Angriffe der Opposition im Reichstag mit hieb- und stichfesten Argumenten hätte abwehren können, und wenn ihm der Nachweis für die Berechtigung seines Standpunktes überzeugend gelungen wäre. Das Gegenteil war bekanntlich in so hohem Maße der Fall, daß der Reichswehrminister sogar von seinen Freunden nach dem blamablen Auftreten im Reichstag politisch aufgegeben wurde. Auch der Umstand, daß der Reichskanzler in seiner großen Rede nicht einmal mehr den Versuch machte, den Reichswehrkollegen herauszuhauen, zeigte, daß seine Stellung nicht mehr zu retten war.

Der Rücktritt am Donnerstagabend ist trotzdem überraschend gekommen, weil man angenommen hatte, daß er sich langsam auf dem Weg über den bekannten politischen Urlaub vollziehen würde. Und auch die Art, wie die Groenerkrise beigelegt wurde, ist eigenartig. Der Reichswehrminister geht, der in seiner Person mitvereinigte Innenminister bleibt. Aus dieser Regelung darf man den Schluß ziehen, daß das Kabinett doch zu der Auffassung gekommen ist, die der Abg. Strasser etwas scharf formuliert hatte in dem Antrag auf Prüfung, ob der Reichswehrminister noch die nötige Autorität habe, um das Machtinstrument des Staates in Händen zu halten. Die Tatsache, daß Groener als Innenminister gehalten wird, zeigt dagegen, daß der Reichskanzler den von ihm eingeschlagenen Kurs gegen die nationalen Verbände beibehalten und wenigstens bis zum Abschluß der Lausanner Konferenz keine tiefergreifende Umbildung seines Kabinetts vornehmen will; denn nach den Vorfällen dieser Tage ist irgendeine Verständigung mit den Nationalsozialisten unvorstellbar, solange Groener überhaupt noch in der Regierung sitzt. Man kann deshalb die jetzige Regelung nur als eine vorübergehende ansehen, ebenso wie die Verwaltung des Reichswehrministeriums durch die militärischen Chefs der Heeres- und der Marineverwaltung.

Diese nach jeder Richtung hin unbefriedigende Lösung bedeutet weder nach innen noch nach außen eine Befestigung der Stellung dieser Regierung, die in den nächsten Wochen den schwersten Aufgaben entgegengeht. Da auch die Stellung ihres Finanz- und Ernährungsministers offenbar nur durch die etwas gewaltsame Vertagung des Reichstages gerettet werden konnte, liegt klar zutage, daß der Auflösungsprozeß bereits in den wichtigsten Regierungsposten begonnen hat.

Vier Abgeordnete im Reichstag verhaftet

Löbe verhindert wichtige Abstimmungen durch Vertagung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Mai. Der Reichstag ist unter beispiellosen Tumultszenen in den Nachmittagsstunden des Mittwochs aufgeflogen, ehe die Tagesordnung zu Ende geführt war und ehe eine Anzahl wichtiger Abstimmungen stattfinden konnte. Die Reichsregierung ist damit zunächst von der innerpolitischen Sorge entlastet worden, die in erster Linie darin zu suchen war, daß es höchst zweifelhaft erschien, ob der Reichsernährungsminister Schiele und der Reichsfinanzminister Dietrich diese Tagung überstehen oder durch Annahme eines Mißtrauensvotums gestürzt werden würden. Die Reichsregierung selbst wird sich gewiß zu diesen Vorkommnissen beglückwünschen. Vom Standpunkt der Opposition aus muß dieser Abschluß bedauert werden, da ein Sturz von Dietrich und Schiele zweifellos zu einer weiteren Klärung der innerpolitischen Verhältnisse und zur Beschleunigung der Umgruppierung nach rechts hätte beitragen können.

Ausgangspunkt dieses Riesenskandals, der heute im Reichstag entfacht wurde und der zu beispiellosen Szenen führte, war die Verprügelung des Kapitänleutnants a. D. Klotz.

Dieser war früher Mitglied der NSDAP., ging dann zur Linken über und gab eine antifaschistisch-sozialistische Korrespondenz heraus. Klotz hat seinerzeit gewisse Briefe, die von dem Privatleben des nationalsozialistischen Stabschefs Röhm handelten, und die für diesen als kompromittierend gelten mußten, der sozialdemokratischen Presse zur Veröffentlichung zugeleitet. Klotz hat auch damals mitgewirkt, als der seinerzeitige Reichsinnenminister Dr. Wirth in Zusammenarbeit mit dem inzwischen von Groener schleunigst entfernten Ministerialdirektor Spiecker eine Abwehrstelle gegen den Nationalsozialismus im Reichsinnenministerium schuf. Klotz hatte sich begreiflicherweise durch dieses Vorgehen bei den Nationalsozialisten verhaßt gemacht, worauf diese es für angebracht hielten, ihm eine Lektion zu erteilen, die denn auch reichlich derb ausfiel.

Die Erregung der Linken war groß.

Die Reichstagssitzung wurde unterbrochen, konnte nur kurz wieder zur Erledigung des Gesamtmißtrauensvotums, das mit 80 Stimmen der Ablehnung verfiel, wieder aufgenommen werden, worauf abermals Vertagung eintrat, da die Sozialdemokratie den Vorfall zum Gegenstand längerer Fraktionsberatungen machen wollte. Schon während dieser Fraktionsberatungen wurde in der Wandelhalle davon gesprochen, daß man

von links her unter allen Umständen versuchen wolle, die Sitzung zu vertagen, um auf diese Weise um die gefährlichen Mißtrauensanträge gegen Dietrich und Schiele und um die Abstimmung über den Antrag auf Auflösung des Reichsbanners herumzukommen.

Diesen durchsichtigen Plan hätten die Nationalsozialisten durchkreuzen können. Ihr Verhalten führte aber dazu, daß die sozialdemokratischen Absichten gelangen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verkündete Löbe nämlich, daß er die vier nationalsozialistischen Abgeordneten, die Herrn Klotz verprügelt hätten, wegen dieses Verhaltens für 30 Sitzungstage aus dem Reichstag ausschließe. Löbe forderte die Abgeordneten auf, das Haus zu verlassen.

Als diese sich weigerten, schloß er kurzerhand die Sitzung, die wahrscheinlich erst am 6. Juni ihre Fortsetzung finden wird.

Im Anschluß hieran spielten sich im Plenum Szenen ab, wie sie der Reichstag seit dem Jahre 1925 nicht mehr erlebt hat. Der Berliner Polizeipräsident hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ein Entweichen der inkriminierten Nationalsozialisten zu verhindern. Der Reichstag war hermetisch abgesperrt. Kein Abgeordneter, kein Journalist, kein Angestellter konnte das Haus verlassen. In allen Räumen sah man Kriminal- und Schutzpolizei. Der Sitzungssaal war von einem Kordon von Polizeibeamten umgeben. Nach der Sitzung kam es zu stürmischen Demonstrationen der Tribünenbesucher, die „Heil Hitler!" riefen. Rufe, die von nationalsozialistischen Abgeordneten lebhaft erwidert wurden. Hierauf wurde die Tribüne geräumt.

Plötzlich erschien in der Tür hinter der Regierungsbank der Berliner Vizepolizeipräsident Weiß, der von den Nationalsozialisten bestgehaßte Mann in Berlin.

Es ist derselbe, dessen Entfernung aus dem Plenarsaal am gestrigen Tage von der Rechten stürmisch gefordert worden war. Kaum hatte Weiß den Saal betreten, als ihn die Nationalsozialisten mit unfreundlichen Rufen empfingen und zum Verlassen des Saales aufforderten. Als Antwort auf diese Begrüßung rief Weiß eine Bereitschaft schwer bewaffneter Schutzpolizisten herbei, die in schneidiger Attacke über jene Bänke setzte, wo sonst Minister und Staatssekretäre Platz zu nehmen pflegen und Miene machte, die Zurufer festzunehmen. Hinterher erfuhr man, daß der Reichstagspräsident Löbe

Herrn Weiß die unbeschränkte Wahrnehmung des Hausrechtes im Reichstag übertragen

hatte, was der Polizeivizepräsident gründlich wahrnahm. Sein Auftreten in einer Stunde solcher Erregung kann man nur mißbilligen. Wer Zeuge dieser Szene war — und der Parlamentsjournalist ist wahrlich nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit nicht mehr zart besaitet —, muß feststellen, daß die Vorgänge mit zu den beschämendsten gehören, was in der Geschichte des deutschen Reichstages überhaupt zu verzeichnen ist. Im Sitzungssaal zahlreiche Abgeordnete und auf dem Reichstagspodium Herr Weiß als Kommandeur von jungen Schupobeamten. Es war, als ob das in den Wahlen geschlagene neupreußische System sich noch einmal an der Schwelle seines Versinkens demonstrativ der Oeffentlichkeit hätte vorstellen wollen.

Inzwischen hatte der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick dem Vizepolizeipräsidenten Weiß mitgeteilt, daß es solcher Aktionen gar nicht bedürfe, da die vier nationalsozialistischen Abgeordneten bereit seien, sich der Polizei zur Verfügung zu stellen. Herr Weiß, der wahrscheinlich die Absicht gehabt hatte, auch noch diejenigen Nationalsozialisten zwangszustellen, die ihm unfreundliche Begrüßungsworte zugerufen hatten, zog es nach dieser Mitteilung vor, mit seinen Beamten den Sitzungssaal zu verlassen.

Die vier Nationalsozialisten begaben sich in das Zimmer des Aeltestenrates, wo Herr Weiß Haftbefehle gegen sie ausfertigte.

Hierauf wurden sie in das Untersuchungsgefängnis im Polizeipräsidium eingeliefert. Wie verlautet, sollen sie morgen dem Schnellrichter unter der Anklage vorsätzlicher Körperverletzung vorgeführt werden. Noch lange zitterte im Reichstag die maßlose Erregung nach, die diese unwürdigen Szenen hervorgerufen hatten.

Heute:
Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 9 und 10